

Änderungsantrag
(zu Drs. 17/2549 und 17/3719)

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 13.07.2015

Aufklärung über HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen verstärken

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/2549

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/3719

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

In den vergangenen 30 Jahren haben wir gemeinsam wichtige Fortschritte in der Prävention und Behandlung des Human Immundefizienz-Virus (HIV) erzielt. Es bedarf aber eines immer wiederkehrenden Prozesses, um der Sorglosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, entgegenzuwirken.

Darüber hinaus hilft die kontinuierliche Information der Bevölkerung über HIV, Ängste und Unsicherheiten abzubauen und eine Ausgrenzung von Menschen mit HIV zu verhindern.

Bei anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) kann eine Verstärkung der Aufklärung besonders angeraten sein, um Neuansteckungen und somit auch Krankheiten mit schwerwiegenden Folgen zu verhindern.

Die derzeitigen Informations- und Aufklärungsprojekte der Landesregierung beziehen sich vorrangig auf HIV-Erkrankungen. Jugendliche, insbesondere junge Mädchen, suchen diese Informationsangebote eher weniger auf.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. die Entwicklung und die Umsetzung von Konzepten zur Prävention von STI/HIV und das Beratungs- und Unterstützungsangebot weiter zu entwickeln und zu intensivieren,
2. Kommunen bei Erhalt, Ausbau und Schaffung von Angeboten zur Prävention von STI/HIV zu unterstützen,
3. Lehrkräfte bei der Aufklärung über HIV zu unterstützen,
4. sicherzustellen, dass im Jugendbereich die Angebote zur Aufklärung und Prävention zumindest folgenden Ansprüchen gerecht werden:
 - a) Jede und jeder Jugendliche hat als Schülerin oder Schüler einen Anspruch, über STI/HIV aufgeklärt zu werden; die Sexualaufklärung in der Schule muss der STI/HIV-Aufklärung vorangehen,
 - b) STI/HIV Prävention in Schulen muss zumindest über Vermittlung von Übertragungswegen, Schutzmöglichkeiten und Kondomgebrauch aufklären und sollte eine Stärkung der emotionalen und sozialen Handlungskompetenzen im Umgang mit den Infektionsrisiken, die Sensibilisierung für einen solidarischen Umgang mit Menschen mit HIV/Aids und die Förderung der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen leisten,

5. im Rahmen der Vernetzung zwischen Frauenarztpraxis und Schulen die Mädchensprechstunde als Präventionsprojekt gegen sexuell übertragbare Krankheiten wirkungsvoll zu unterstützen.

Begründung

Zwar ist in Deutschland die Zahl der Neuinfektionszahlen mit geschätzten 3 400 Fällen in 2012 vergleichsweise niedrig, es besteht aber die Gefahr, dass sich die Zahl der Neuinfektionen wieder erhöht, wenn die bisherigen Projekte zur Aufklärung auslaufen und in Vergessenheit geraten.

Die Prävention, also das Vermitteln von Wissen, Risikobewusstsein und richtigem Verhalten in Bezug auf das Virus und die Krankheit Aids, ist aber ein besonders wichtiger Schlüssel, um die Verbreitung von HIV/Aids einzudämmen. Hinzu kommt, dass solche Projekte auch den Menschen zugutekommen, die bereits mit HIV infiziert sind.

Die Informationsbedarfe zu STI insbesondere von jungen Mädchen wurden bislang nicht hinreichend gedeckt. Diese Informationsdefizite führen zu Fehleinschätzungen bei Erkrankungen wie z. B. Chlamydieninfektionen und dem damit verbundenen hohen Risiko einer späteren Kinderlosigkeit.

Von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde in einer Repräsentativstudie aus dem Jahre 2012 „AIDS im öffentlichen Bewusstsein in der Bundesrepublik Deutschland“ im Jahr 2012 festgestellt, dass auf die Frage nach anderen sexuell übertragbaren Infektionen als AIDS nur 7,3 % der über 16-Jährigen Chlamydien als ihnen bekannte STI angaben. Allerdings wünschten sich 61 % der Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren weitergehende Informationen zu STI. Diese Information muss vor den ersten sexuellen Kontakten erfolgen, um präventiv sein zu können.

Ein wichtiger Baustein stellt hierbei die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Frauenärzten dar. Nicht zuletzt aus Scheu vor der gynäkologischen Untersuchung finden Mädchen häufig erst zu einem Zeitpunkt den Weg in die Praxis eines niedergelassenen Gynäkologen, wenn es für Gespräche und Informationen im Sinne einer primären Prävention schon fast zu spät ist. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Frauenärzten bietet eine Reihe von Vorteilen. Anders als im Einzelgespräch kann man in Schulgruppen vielen Mädchen die Informationen in derselben Zeiteinheit zuteilwerden lassen, und auch diejenigen Mädchen, die sich nicht zu fragen trauen, können von dem Gespräch profitieren. Hinzu kommt, dass man auch diejenigen erreichen kann, die die Angebote des Gesundheitswesens in den Praxen (J1, Mädchen-Sprechstunde) nicht selbstständig wahrzunehmen in der Lage sind.

Ein erfülltes Leben mit HIV ist also grundsätzlich möglich, kann aber an persönlicher Diskriminierung scheitern. Diskriminierung ist für HIV-positive Menschen leider immer noch eher die Regel als die Ausnahme. Da der Grund für die Diskriminierung zumeist die Angst vor einer Ansteckung mit dem HI-Virus ist, können Aufklärungsmaßnahmen auch den bereits Betroffenen helfen, ein erfülltes Leben zu führen.

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der FDP

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer